

=====

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

----- (Karl Liebknecht) -----

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN

KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS

(Sektion der Vierten Internationale)

September 1949

Nr. 48

Preis S 2.-

=====

Unsere Stellung zu den Oktoberwahlen:

WIR STIMMEN FÜR DIE LISTE DER SP!

=====

Welche Taktik müssen wir bei den anfangs Oktober stattfindenden allgemeinen Wahlen befolgen? Unsere grundsätzliche Einstellung zum bürgerlichen Parlamentarismus und zu Wahlen in ein bürgerliches Parlament ist in den programmatischen Dokumenten der IV. Internationale festgelegt. Sie beruht auf den Leitsätzen des II. Weltkongresses der Komintern, die die Ausnützung der bürgerlichen Demokratie für den Kampf der Arbeiterklasse behandeln. Wir führen den wesentlichen Gedankengang über das bürgerliche Parlament und die Stellung der revolutionären Arbeiterpartei zu ihnen kurz an.

Realistische Ausnützung des Parlaments

Das Parlament ist eine Repräsentativkörperschaft, die offiziell das ganze Volk vertritt. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht vorausgesetzt, bei dem die Stimme des Arbeiters und des Kapitalisten, des Ausgebeuteten und des Ausbeuters, des Unterdrückten und des Unterdrückers gleich viel gilt, schickt das ganze Volk seine Vertreter ins Parlament und überträgt ihnen zugleich das Mandat zur politischen Willensbildung, die nun innerhalb des Parlaments durch Rede und Gegenrede, durch Beweis und Gegenbeweis und schließlich Abstimmung erfolgt, wobei die Mehrheit entscheidet. Die rohen, plumpen Formen des politischen Kampfes werden in der parlamentarischen Demokratie gleichsam zivilisiert, nehmen die feine, kultivierte Form der geistigen Auseinandersetzung der gewählten Volksvertreter an. Soweit die offizielle bürgerliche Version. Allein wir wissen, daß die parlamentarische Auseinandersetzung den realen politischen Kampf nicht ersetzt, sondern ihn im besten Fall nur widerspiegelt. Wir wissen, daß die Gesellschaft nicht durch die im Parlament beschlossenen Gesetze und Verordnungen, sondern durch den realen Klassenkampf verändert wird und daß dieser Klassenkampf in einer anderen als der parlamentarischen Arena - in den Produktions-

stätten und unter Umständen auf der Straße - ausgetragen wird. Zwar findet der Klassenkampf im Parlament seine Fortsetzung, zwar sind die vom Parlament beschlossenen oder verworfenen Gesetze selbst ein Stück Klassenkampf, denn sie lassen sich immer auf die materiellen oder idealen Interessen bestimmter Gesellschaftsklassen zurückführen, allein ihre Annahme oder Verwerfung hängt keineswegs bloß von der Zahl der Abgeordnetenmandate dieser oder jener Partei ab, ebensowenig wie die Art der Anwendung und Durchführung einmal beschlossener Gesetze. Das parlamentarische Kräfteverhältnis der Parteien wird bestimmt durch die außerparlamentarischen Machtverhältnisse der Klassen. Diese realen Machtverhältnisse können nur durch den außerparlamentarischen Massenkampf verändert werden. Die außerparlamentarischen Machtverhältnisse, das tatsächliche Kräfteverhältnis der Klassen widerspiegelt sich im Parlament nur ungenau und oft seltsam verzerrt, die Dinge auf den Kopf stellend. Die vom Parlament beschlossenen Gesetze registrieren im besten Fall jene Veränderungen im realen Kräfteverhältnis, die durch vorangegangene außerparlamentarische Kämpfe erzwungen wurden; in vielen Fällen sollen sie aber solche Veränderungen nur vortäuschen, um die Massen vom außerparlamentarischen Kampf abzuhalten.

Das Parlament macht also den außerparlamentarischen Kampf keineswegs "unnötig". Nur durch diesen Kampf, nur im realen Klassenkampf verändert sich die Gesellschaft. Das Parlament ist nicht, wie die Opportunisten lehren, jenes Allheilmittel, durch das die Ziele der Arbeiterbewegung verwirklicht, durch das der Sozialismus aufgerichtet werden kann. Es ist überhaupt kein taugliches Mittel zur unmittelbaren Veränderung der Gesellschaft!

Sollen wir also dem bürgerlichen Parlament fernbleiben? Sollen wir die Arbeit in ihm ablehnen? Sollen wir erklären, das Parlament ist Täuschung, Schwindel, Betrug, wir wollen mit ihm nichts zu tun haben? Keineswegs! Das Parlament ist ein wichtiger Bestandteil der bürgerlichen Demokratie. Wir wissen, welche enge Grenzen dem Befreiungskampf der Arbeiter innerhalb dieser Demokratie gesetzt sind; wir machen uns und wir machen den Arbeitern keine Illusionen darüber, daß nicht alle Fragen - und gerade die entscheidenden nicht - innerhalb dieser Demokratie gelöst werden können. Aber gerade deshalb, um die Arbeiterklasse über die bürgerliche Demokratie hinauszuführen zu einer neuen Form der Demokratie, zu einer Demokratie für die Arbeiter, für die Ausgebeuteten und bisher Unterdrückten, zur proletarischen Demokratie, gerade deshalb also müssen wir jene Rechte und Freiheiten, die uns die bürgerliche Demokratie gewährt, zu benutzen lernen, müssen sie im ständigen Kampf im Interesse der Arbeiterklasse gebrauchen, sie zu erweitern, verbreitern suchen, um schließlich durch ihre umfassende Anwendung den beschränkten bürgerlichen Rahmen der Demokratie zu sprengen. Wir machen uns also auch keine Illusionen über das bürgerliche Parlament; wir verwerfen insbesondere den Aberglauben, der an die Eroberung der parlamentarischen Mehrheit durch diese oder jene Partei geknüpft ist und klären die Arbeiter über ihn auf; wir zeigen den Arbeitern, daß der Übergang der Macht von der Bourgeoisie auf das Proletariat nicht durch den Stimmzettel, sondern nur durch die rücksichtslose Anwendung aller materiellen Machtmittel, die das Proletariat zu entwickeln imstande ist, erzwungen werden kann. Aber wir können das Parlament als Tribune zur Propaganda unseres Programms benutzen - nicht zu einer abstrakten, dogmatischen, sondern zu einer lebendigen Propaganda, die unser Programm und unsere Praxis jeweils an Hand der durch den Tageskampf anfallenden Probleme mit dem Programm und der Praxis der anderen Gruppierungen vergleicht und unsere Forderungen den jeweiligen Problemen entsprechend konkretisiert. Wir müssen das Parlament als Tribune benutzen, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf den allein entscheidenden außerparlamentarischen Kampf zu lenken

und sie von seiner Notwendigkeit zu überzeugen. Und wir müssen schließlich auch von dieser Tribüne die Arbeiter über den wahren Charakter der parlamentarischen Wortkämpfe und das Parlament selbst aufklären und ihnen zeigen, was sich hinter ihnen verbirgt.

Diese revolutionäre Ausnützung des bürgerlichen Parlamentarismus bedingt selbstverständlich auch die Art und Weise, wie wir den Wahlkampf führen. Wo wir die Möglichkeit haben, beteiligen wir uns an ihm, um die Arbeiter mit unseren Anschauungen vertraut zu machen und sie dafür zu gewinnen. Uns geht es nicht um Mandate, uns geht es um das Ohr der Massen. Ob wir dabei selbständig kandidieren oder auf die eigene Kandidatur verzichten und für andere Parteien stimmen, (wir werden auf letzteres gleich näher zu sprechen kommen), das ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, die nur aus den jeweiligen taktischen Bedingungen - objektive Lage plus eigene Kraft - beantwortet werden kann. Unsere Beteiligung an Wahlen erfolgt nur unter dem Gesichtspunkt der revolutionären Propaganda. Der Ausgang der Wahlen ist uns nichts als ein Barometer für die Bewußtseinshöhe der Massen. Von dieser grundsätzlichen Einstellung lassen wir uns auch bei den kommenden Wahlen leiten.

Die Lage der österreichischen Bourgeoisie

Welche konkrete Lage finden wir nun bei den Wahlen vor? Beginnen wir zunächst beim Klassenfeind.

Die österreichische Bourgeoisie ist in den zweiten Weltkrieg eingetreten, halb vom deutschen Imperialismus aufgefressen und halb mit ihm verbündet. Während des Krieges nützte sie die Konjunktur wildlich aus zu riesigen Extraprofiten, doch am Kriegsende sah sie sich abermals - so wie schon einmal - im Lager der Verlierer. Durch drei Unterschiede war ihre diesmalige Position von der des Jahres 1913 verschieden: Schon durch den Bombenkrieg, insbesondere aber in den letzten Kriegswochen war Österreich zum Kriegsschauplatz geworden. - Das Land wurde von den Siegern besetzt, die ein noch immer andauerndes Besatzungsregime aufrichteten. - Und schließlich, während die Habsburgermonarchie durch den gemeinsamen Ansturm der unterdrückten Nationalitäten und der revolutionären Arbeitermassen gefallen war, ist das faschistische Regime nicht durch eine Massenhebung, sondern als Folge seiner totalen militärischen Niederlage von den "alliierten" Siegern beseitigt worden. Es gab 1945 keine ernsthafte Massenbewegung. - Die beiden ersten Faktoren erschwerten es der österreichischen Bourgeoisie, ihr soziales Regime wieder zu stabilisieren, der dritte Faktor erleichterte dies dagegen. Welchen Weg schlug die Bourgeoisie seit 1945 ein?

Ihr Produktionsapparat war schwer angeschlagen; viele Betriebe waren zerstört, viele von den "Befreibern" unter dem Titel "Kriegsbeute" ihrer technischen Ausrüstung beraubt worden. Wenige Wochen nach Kriegsende hatten die sogenannten "Großen Drei" mit dem Potsdamer Raubabkommen ihre Reparationsansprüche bekanntgegeben; wichtige Produktionsstätten und Transportmittel, von denen die übrige Industrie abhängig war, fielen als "Deutsches Eigentum" in die Hände der Sieger. Zu diesen Reparationsleistungen kommen Entnahmen aus der laufenden Produktion, wie z.B. riesige Stromexporte nach Westdeutschland, kommen die Besatzungskosten, auf deren Bezahlung besonders die SU besteht, und werden schließlich noch jene 150 Millionen Dollar kommen, die nach dem eventuellen Abschluß des Staatsvertrages als "Ablöse" für das "Deutsche Eigentum" an die SU zu zahlen sein werden - neben Reparationen an die anderen drei "Alliierten", die ihre Ansprüche nur geschickter maskieren. Aller dieser wahrhaft großen Belastungen, die auf ihr als Folge des verlorenen Krieges drücken, sucht sich die Bourgeoisie auf zweierlei Weise zu entledigen: Einmal

auf Kosten der arbeitenden Massen, vor allem der Industriearbeiterschaft; zum andernmal, indem sie sich außenpolitisch mit Haut und Haaren dem USA-Imperialismus verschrieben hat und dafür der "Marshallplan"-Hilfe zuteil wird.

In der Politik der österreichischen Kapitalisten, die Kosten des verlorenen Krieges und des kapitalistischen Wiederaufbaues auf das Proletariat abzuwälzen, lassen sich deutlich zwei Etappen unterscheiden. 1945-47 läßt sich die Bourgeoisie von den Arbeitern, die mit hungrigen Magen und unter den schwierigsten Bedingungen an der Werkbank stehen, den Produktionsapparat aufbauen und die Produktion in Gang bringen: Periode des Wiederaufbaus! 1948-49 treibt sie eine Rauboffensive nach der anderen gegen die Massen vor; in diese Periode fällt die dosierte Inflation der Währungsreform und der drei Lohn-Preispaakte - Senkung des Reallohns. Am Ende dieser Periode steht die Forderung nach "Leistungssteigerung", entsteht langsam eine industrielle Reservearmee, wird die Arbeit der im Betrieb stehenden "intensiviert" - Senkung des Relativlohnes: Periode der Rückkehr zur "freien Wirtschaft". Doch die "freie Wirtschaft" der österreichischen Kapitalisten ist solange nicht intakt, solange sie sich nicht den Zugang zum Weltmarkt erschlossen hat. Die Preise der österreichischen Produkte liegen wesentlich über den Weltmarktpreisen - und die beginnende Stagnation der USA-Wirtschaft drückt immer stärker auf das internationale Preisniveau. Die österreichische Bourgeoisie hat ihre wichtigsten Absatzmärkte - vor allem im Süd-Osten - verloren; sie muß sich neue Märkte erst suchen. Ihr steht ein schwerer Konkurrenzkampf bevor, den sie - sie spricht es offen aus - nur gewinnen kann, wenn sie die "Produktionskosten", d.h. den Arbeitslohn tief unter das jetzige Niveau herabdrückt.

Der Marshallplan sieht als Gegenleistung für seine "Hilfe" im wesentlichen Rohstofflieferungen Österreichs vor; der österreichischen Fertigwarenindustrie unter die Arme zu greifen, daran haben die amerikanischen Kapitalisten kein Interesse. So trägt die Marshall-"Hilfe" zur Verstärkung der Arbeitslosigkeit in Österreich bei und steigert den ökonomischen Druck der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse.

Doch nicht nur von dort, wo der Profit entsteht, sondern ebenso sehr von dort, wo er realisiert wird, treibt die Bourgeoisie ihre Rauboffensive gegen die Massen voran. Die Kartellierungsmaßnahmen haben auf den Großhandel mit Lebensmitteln und den wichtigsten Verbrauchsgütern übergegriffen; Kartoffel-, Gemüse- und ähnliche "Kartelle" diktieren Monopolpreise. Das Märchen von der preisregelnden Wirkung der "freien Wirtschaft" wird von den Kapitalisten selbst ad absurdum geführt.

Alle diese Tatsachen bestimmen in der nächsten Periode das Verhältnis der österreichischen Bourgeoisie zur Arbeiterklasse. Die Profit- und Krisenwirtschaft ist in Österreich nur noch durch eine ins gigantische gesteigerte Ausplünderung und Verelendung der arbeitenden Massen zu halten. Dementsprechend richtet die Bourgeoisie ihre politischen Pläne ein.

Die Pläne der Bourgeoisie gegen die Arbeitorklasse

Nach dem militärischen Zusammenbruch des Faschismus mußte die Bourgeoisie wohl oder übel die Rückkehr zur demokratischen Regierungsform akzeptieren. Für die Arbeiter bedeutete das mit der Wiedergewinnung wichtiger, wenn auch durch das Besatzungsregime an allen Ecken und Enden beschnittener demokratischer Rechte und Freiheiten auch die Wiederherstellung jener sozialen Rechte und Errungenschaften, die zum Großteil schon 1934, vollends aber 1938 beseitigt worden waren, unter ihnen als wichtigstes - weil es in sich latent die Möglichkeit zu Bildung selbständiger Machtorgane der Massen birgt

- das Betriebsrätegesetz. Die Wiederherstellung zumindest eines Teiles der demokratischen Rechte und sozialen Errungenschaften des Jahres 1918 war die Basis der 1945 geschlossenen Arbeitsgemeinschaft zwischen der Bourgeoisie und der in ein "sozialistisches" und in ein "kommunistisches" Lager gespaltenen Arbeiterbürokratie. Die Bourgeoisie konnte an die Sanierung des schwer angeschlagenen Kapitalismus herangehen, ohne etwas ernsthaftes von seiten des Proletariats befürchten zu müssen; unter dem Vorwand, der "Wiederaufbau" könnte Schaden erleiden, hielten SP und Stalinpartei die Arbeiter gleichermaßen von jedem Kampf zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zurück. Mit dem Einschwenken der Bourgeoisie in das Fahrwasser des USA-Imperialismus war für die KP das Ende der "demokratischen Zusammenarbeit" gekommen; sie ging in Opposition. Die antidemokratische Praxis der sowjetischen Besatzungsmacht und die Verteidigung dieser Praxis durch die KP haben dieser das Vertrauen des Großteils der Arbeiterschaft gekostet; die Bourgeoisie konnte ruhig auf die KP verzichten und sich nunmehr der SP als des alleinigen Koalitionspartners bedienen. Trotzdem die SP bei jeder neuen Offensive gegen die Lebenshaltung der Massen der Bourgeoisie die Mauer macht, trotzdem in den letzten Monaten die Unzufriedenheit mit der SP und in der SP stark zugenommen hat, werden die Arbeiter durch die stalinistische Politik immer wieder zur SP zurückgetrieben. Solange die Arbeiter der SP folgen, ist die Koalitionspolitik mit ihr für die Bourgeoisie wertvoll, kann die Koalitionspolitik fortgesetzt werden; aber auch diese Politik hat ihre Grenzen und die Bourgeoisie bereitet sich darauf vor, sie zu einem ihr günstig erscheinenden Zeitpunkt zu überschreiten. Welche Grenzen sind das?

Wir haben vorhin gesagt, daß für die Bourgeoisie die erfolgreiche Einschaltung in den internationalen Konkurrenzkampf eine Lebensfrage und daß das Mittel hierfür eine weitgehende Senkung der "Produktionskosten", d.h. der Arbeitslohn, noch tief unter das heutige Niveau ist. Zu den "Unkosten der Produktion" rechnet die Bourgeoisie vor allem die Sozialabgaben, rechnet sie die im Jahre 1945 teilweise wiederhergestellten "sozialen Errungenschaften" des Jahres 1918. Es ist klar - und führende Kapitalisten wie z.B. der Präsident des Industriellenverbandes Lauda haben dies in der letzten Zeit wiederholt ausgesprochen - daß ein entscheidender Faktor im kapitalistischen Plan der "Kostensenkung" die Beseitigung des sozialen Reformwerkes ist, mit allem, was dazu gehört, wie z.B. dem Betriebsrätegesetz (die Kapitalisten wollen sich nicht von Arbeitern in die Bilanz gucken lassen). Doch dieses Reformwerk ist die Basis der Koalition mit der SP; ganz abgesehen davon, daß die Prinzipien vieler Arbeiterbürokraten von den diversen Posten und Pöstchen in der Sozialversicherung, den Arbeiterkammern und ähnlichen Einrichtungen herrührt, sichert diese Sozialgesetzgebung, so verwässert sie auch heute gegenüber den ursprünglichen Entwürfen der Jahre 1918/19 oder selbst der des Jahres 1945 schon wieder ist, der SP dennoch die Gefolgschaft eines Großteils der österreichischen Arbeiterschaft. In den Augen der Arbeiter ist die SP jene Partei, die die Sozialgesetzgebung geschaffen und in der Zeit von 1918 bis 1934 in Wien durch eine soziale Kommunalpolitik ergänzt hat; in den Augen der Arbeiter ist die SP noch immer jene Partei, mit der die "sozialen Errungenschaften" stehen und fallen. Die kapitalistischen Pläne zum etappenweisen Abbau und zur schließlichen Beseitigung der "sozialen Errungenschaften" müssen notwendigerweise zur Sprengung der Koalition mit der SP führen. Mit den Beschwichtigungshofräten der SP würde jene Methode fallen, die die Arbeiter mit Überredung und List vor den kapitalistischen Karren spannt; eine neue Phase der kapitalistischen Nachkriegspolitik würde eingeleitet, die mit der Beseitigung aller Arbeiterrechte abgeschlossen werden soll. Der Ausbruch einer neuen, von den USA ausgehenden Wirtschaftskrise könnte eine solche Entwicklung beschleunigen.

Die SP will den Arbeitern einreden, die Verhandlungen der ÖVP mit den Nazis entsprängen einem Gefühl der Schwäche; die ÖVP fürchte um ihre Mehrheit, die ÖVP wolle sich die Nazistimmen sichern. Selbstverständlich geht es der ÖVP auch um die Stimmzettel der Nazi; der hinter der ÖVP stehenden Bourgeoisie geht es aber gleichzeitig um mehr: Um die politische Vorherbereitung für die Wiederaufrichtung einer neuen offenen Diktatur, um die Neuformierung faschistischer Banden gegen die Arbeiterklasse!

Parteien der Bourgeoisie und bürgerliche Einheitsfront

Die ÖVP hat versucht, bei den kommenden Wahlen wieder alle bürgerlichen Gruppen auf einer gemeinsamen Liste zu vereinen; darum auch die von ihr durchgesetzte Reform des Listenwahlrechts. Das ist ihr mißlungen; die bürgerliche Wahlfront ist gespalten. Welche bürgerlichen Parteien präsentieren sich den Wählern?

Zunächst einmal die ÖVP. Fortsetzung der Christlichsozialen Partei, ist sie die traditionelle Partei der österreichischen Kapitalisten. Unter Lueger als Partei der "Gewerberetter" entstanden (und gleichzeitig die gegen die kapitalistische Entwicklung rebellierenden kleinbürgerlichen Massen an das Kapital verkaufend), folgt ihr immer noch die Mehrzahl der städtischen Kleinbürger. Heute gibt sie sich mit Vorliebe als "Bauernpartei" aus. Die Partei der Großbauern und der Großgrundbesitzer ist sie in der Tat; mit Hilfe der Dorfbourgeoisie und der Kirche zieht sie die übrigen bäuerlichen Massen hinter sich her. Die Unterstützung der Kirche sichert ihr schließlich die Gefolgschaft jenes kleinen, in seinem Bewußtsein zurückgebliebenen Teils ländlicher und städtischer Arbeiter, die noch unter dem ideologischen Einfluß der Kirche stehen. Sich so aus den verschiedensten sozialen Schichten rekrutierend, ist die Führung dieser "Volks"-partei dennoch durch und durch kapitalistisch, mit dem Finanzkapital versippt und verfilzt und diesem auf Gedeih und Verderb verbunden.

Hinter der "Demokratischen Union" des Grazer Professors der Volkswirtschaftslehre Dobretsberger stehen kleinkapitalistische Kreise, die ihre Interessen bei dem großkapitalistischen Kurs der ÖVP nicht genügend berücksichtigt finden; darum ihre Stellungnahme gegen Monopolverbände und für Verstaatlichung (um die Großunternehmen besser kontrollieren zu können).

Die wichtigere Neugründung ist der "Verband der Unabhängigen". Seine Führerclique besteht aus hohen Nazis; trotz der vorläufig noch "demokratischen" Terminologie handelt es sich um eine neofaschistische Partei. Dem VdU kommt größere Bedeutung zu. Eine Million neuer Wähler tritt diesmal vor die Urne; sie sind teilweise politisches Neuland; von ihnen steht nur das eine fest, daß ein bedeutender Teil keine "Linksparteien" wählen wird. Den Grundstock bilden die in die Hunderttausende gehenden ehemaligen Nazimitglieder, die jetzt das Wahlrecht erhalten haben. Zu ihnen gesellen sich viele Zehntausende aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft Heimgekehrter, die teilweise von konterrevolutionären Stimmungen erfüllt sind. Schließlich kommen noch die ebenfalls weit über Hunderttausend gehenden Jungwähler hinzu. Viele von diesen haben keine regelmäßige Arbeit und keine Aussicht auf ein Vorwärtskommen in einem Beruf; viele sind von der Demokratie und den bisherigen drei Parteien enttäuscht; viele haben die Folgen der Erziehung durch Faschismus und Krieg noch nicht überwunden. In allen diesen Schichten befinden sich eine Unmenge entwurzelter, verzweifelter Elemente: ehemalige SS-Leute und Führer der NSDAP, ehemalige Offiziere und dergleichen mehr. Sie alle warten darauf, einem neuen faschistischen Abenteuer den Kerntrupp zu stellen. Der neonazistische VdU wird vor allem aus diesem Reservoir seine Wähler gewinnen.

Die SP betrachtet es als einen Erfolg, daß sie, entgegen den Anstrengungen der ÖVP, die Zulassung neuer Wahlparteien durchsetzen konnte. Helmer betrachtet dies als eine Art politisches Meisterstück und gewährt dem VdU seine besondere Protektion. Vom Standpunkt der Stimmzettelstrategie scheint die SP im Recht; in der Arena des wirklichen Kampfes, im außerparlamentarischen Kampf, im Klassenkampf gelten jedoch andere Gesetze. Es wird sich vielleicht früher als ihnen lieb ist zeigen, daß die "klugen" Helmer & Co. sehr unklug gehandelt haben, als sie auf das neofaschistische Pferd setzten. Der SP ist die parlamentarische Mehrheit keineswegs sicher; sie weiß das und erhofft sich von den Erfolgen des VdU eine solche Schwächung der ÖVP, daß trotz einer eventuellen Wahlniederlage das parlamentarische Kräfteverhältnis zwischen der SP und der ÖVP annähernd gleich und damit die Koalition gesichert bleibt. Allein wir haben schon vorhin gezeigt, warum die Bourgeoisie und ihre ÖVP die Nazis wirklich heranzieht - als Sturmbock gegen das Proletariat bei kommenden außerparlamentarischen Kämpfen. Diese Pläne der Bourgeoisie müssen auch ihren parlamentarischen Niederschlag finden. Wenn die VdU wirklich nennenswerte Erfolge erzielte, dann bliebe der ÖVP immer noch die Möglichkeit einer bürgerlichen Einheitsfront "gegen den Marxismus". Dann könnte auch in Österreich kommen, was wir eben jetzt in Westdeutschland sehen: daß die SP eines Tages vor die Tür gesetzt wird!

Dürfen wir für eine andere Partei stimmen?

Daß die Bourgeoisie die Faschisten zur Mitarbeit heranzieht, daß sie ihre gegen die Arbeiterklasse gerichteten Pläne so offen zeigen kann, dafür sind SP und Stalinpartei gleichermaßen verantwortlich; die SP, die trotz dieser Entwicklung die Koalitionspolitik fortsetzt, die Stalinpartei, indem sie durch ihre absolute Abhängigkeit von der Sowjetbürokratie und ihre daraus folgende Verteidigung von deren antidemokratischen Methoden der Bourgeoisie Zutreiberdienste leistet. Das Ergebnis des Handelns der beiden Parteien zeigt abermals, daß es in der Politik niemals auf das Wollen allein ankommt.

Welche Taktik müssen wir nun bei den Wahlen einschlagen? Wir müssen uns fragen, welche Variante des Wahlausgangs für die Entfaltung des Klassenkampfes die günstigste ist, welche am meisten dazu beiträgt, die heute so enge, so beschränkte Wirkung unserer Propaganda zu vervielfachen, indem sich zu ihr der ungleich mächtigere Faktor der lebendigen Massenerfahrung gesellt! Daß ein Anwachsen der bürgerlichen Parteien die schlechteste Variante darstellen würde, ist klar; wir müssen dazu beitragen, einen solchen Wahlausgang zu verhindern. Bevor wir darauf eingehen, für wen zu stimmen, einige Worte über die Stimmenthaltung oder die Abgabe ungültiger Stimmzettel. Es gibt zweifellos Arbeiter, die, von SP und Stalinpartei gleichermaßen enttäuscht, zu einer solchen "Taktik" neigen. Ihnen zu folgen, oder gar die Arbeiter, an die wir herankommen, zu einer solchen Dummheit anzuleiten, wäre unverzeihlich. Stimmenthaltung ist unter den heutigen Bedingungen der erste Schritt in die Indifferenz! Die Abgabe ungültiger Stimmzettel als "Protest" gegen die verräterische Politik von SP und KP wäre eine wirkungslose Geste, die, den Massen vollkommen unbemerkt bleibend, nur der Bourgeoisie zugute käme. Wo solche "radikale" Dummheiten sich bemerkbar machen, müssen wir ihnen entgegentreten.

Wie steht es mit einer eigenen Kandidatur? Die Bedingungen des Besatzungsregimes wie unsere eigene Schwäche verwehren uns gleichermaßen von vorneherein eine solche; auch ein getarntes Auftreten - etwa als unabhängige Arbeitergruppe mit einem von den Augenblicksinteressen der Massen ausgehenden Teilprogramm - kommt auf Grund

unserer organisatorischen Schwäche nicht in Frage. Allein wenn diese hindernden Faktoren auch wegfielen, so wäre doch bei dem gegenwärtigen Stand des Massenbewußtseins eine eigene Kandidatur - ob nun offen oder getarnt - unzweckmäßig.

Also haben wir nur noch die Möglichkeit, uns bei der Stimmenabgabe entweder für die SP oder die Stalinpartei zu entscheiden. Beide Parteien vertreten Teilinteressen der Arbeiterklasse, beide, besonders aber die SP, verfügen über einen bedeutenden Arbeiteranhang. Das macht auf bestimmten Gebieten und für bestimmte Aufgaben eine Zusammenarbeit, ein Zusammengehen, eine Einheitsfront zwischen uns und ihnen möglich und notwendig. Die Formen einer solchen Zusammenarbeit können verschiedenartig sein; sie reichen von der Einheitsfront "nur von unten" bis zur kombinierten Einheitsfronttaktik, die in formellen Abmachungen zwischen den Organisationsspitzen gipfelt. Wenn wir bei den kommenden Wahlen unsere Stimmzettel für eine der beiden Parteien abgeben und alle Arbeiter, an die wir herankommen, auffordern, dies ebenfalls zu tun, ohne daß besondere Abmachungen mit diesen Parteien vorliegen, ja sogar ohne das bedeutende Teile dieser Parteien von uns und unserem Verhalten etwas wissen, dann ist das trotzdem eine Einheitsfront "von unten", wenn auch auf einem engen, auf einem beschränkten, auf einem nicht sehr entscheidenden Teilabschnitt des Kampfes. Aber wie für jede Einheitsfrontaktion gilt auch für diese, daß wir nicht verschweigen, was uns von der Partei, für die wir stimmen, trennt. Wir verbinden die Zusammenarbeit mit der revolutionären Kritik!

Wir müssen für die SP stimmen!

Die Unzufriedenheit mit der SP ist groß, doch die Stalinpartei stößt die Arbeiter immer wieder zur SP zurück. Der SP folgt auch heute noch die weitaus überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft. Die Hauptausrede der SP zur Entschuldigung ihres Verrates ist, daß sie nicht die parlamentarische Mehrheit besitze. Ja, wenn sie die Mehrheitspartei wäre, ja dann..... Doch im Grunde genommen fürchtet sich die SP davor, zur Mehrheitspartei zu werden. Sie will zwar stark sein, so stark, daß die Bourgeoisie nicht ohne sie regieren kann. Sie hat offen ausgesprochen, daß sie die Zusammenarbeit mit der ÖVP fortsetzen werde, wie immer die Wahlen ausfallen mögen - also auch, wenn sie zur Mehrheitspartei wird. Doch sie will gleichzeitig vor den Massen das Gesicht wahren, denn sie will die Massen nicht verlieren; sie weiß, daß sie ohne Massen für die Bourgeoisie wertlos ist. Sie will auch in Zukunft jederzeit sagen können: "Es geht nicht anders, wir mußten ein Kompromiß schließen, wir mußten nachgeben, denn wir sind die Minderheit...." Wird die SP zur Mehrheitspartei, dann fällt diese wichtigste Ausrede; dann sehen die Massen, dann sehen vor allem deren bewußtere Elemente, daß es keineswegs die fehlende Mehrheit war, die bisher die SP gehindert hat, die Arbeiterinteressen wirksam zu vertreten. Dann wird nach einer gewissen Zeit die Unzufriedenheit mit der SP sprunghaft wachsen; dann wird der krasse Widerspruch zwischen den Worten und den Taten der SP an Hand der unmittelbaren Erfahrungen der Massen sich in einer Umwälzung von deren Bewußtsein auswirken und damit die wichtigste Voraussetzung für einen Differenzierungsprozeß in der SP schaffen. Die Herausbildung eines ernststen revolutionären Flügels wird durch einen Wahlsieg der SP vielleicht etwas verzögert, denn die Illusionen der Arbeiter werden vorübergehend wachsen, aber die Chancen für eine solche Herausbildung werden trotzdem zugleich vergrößert. Eine Wahlniederlage wird wahrscheinlich den Differenzierungsprozeß in der SP beschleunigen, ihn aber zugleich des wichtigsten Motors, um ihn zu vertiefen, der unmittelbaren lebendigen Massenerfahrung und des aus ihr erwach-

senden Drucks der unzufriedenen Massen berauben. Eine Wahlniederlage würde nur die Tendenz innerhalb der Massen zur Gleichgültigkeit steigern, den Übergang von Teilen der Arbeiterschaft in die Indifferenz vorbereiten.

Wir leiten die Arbeiter an, eine Wahlniederlage der SP zu verhindern, ja im Gegenteil alles daran zu setzen, daß die SP so stark als möglich aus den Wahlen hervorgeht. Die SP will in einem solchen Falle die Koalition mit der Bourgeoisie fortsetzen; die Stimmenabgabe für die SP beinhaltet aber noch lange nicht die Zustimmung zur Fortsetzung der Koalitionspolitik; sie verbessert die Bedingungen, die SP zur Aufgabe dieser Politik zu zwingen. Die SP macht jetzt während des Wahlkampfes große Versprechungen. Die Arbeiter werden nach einem Sieg der SP am ehesten Gelegenheit haben, sie beim Wort zu nehmen. Unsere besondere Aufgabe wird sein, den fortgeschrittenen Arbeitern zu zeigen, daß alle schönen Versprechungen der SP nicht verwirklicht werden können im Bündnis mit der Bourgeoisie, sondern daß der konsequente Kampf für diese Forderungen zur Bildung einer kapitalistenfreien Regierung führen muß. Eine solche Regierung wird schwach sein, wenn sie sich nur - so wie z.B. heute die Labour Regierung - auf eine parlamentarische Mehrheit stützt und dabei eine Politik gegen die Interessen der Arbeiter durchführt. Sie wird stark sein, wenn sie sich auf die Organisationen der Massen stützt und die außerparlamentarischen Kräfte der Massen als entscheidendes Element in die Waagschale wirft.

Warum nicht für die KP?

Wie steht es nun mit der Stalinpartei? 1945 haben wir für sie gestimmt. Das war, rückschauend betrachtet, zweifellos ein taktischer Fehler. Wir gingen davon aus, daß in der Stalinpartei der jüngere, aktivere Teil der österreichischen Arbeiterklasse organisiert war. Diese Einschätzung war an sich richtig; unser Fehler hat jedoch darin bestanden, daß wir damals und noch eine ganze Weile später keinen Unterschied in der praktischen Politik von SP und Stalinpartei zu erkennen vermochten. Selbstverständlich waren wir uns auch damals der so verschiedenen sozialen Ausgangspositionen dieser Parteien - die eine im Imperialismus, die andere in den von einer proletarischen Revolution geschaffenen Eigentumsverhältnissen wurzelnd - bewußt. Dennoch waren wir zu einer Art abstrakten Gleichstellung zwischen den beiden als "verkleinbürgerlichte Arbeiterparteien" schlechthin gelangt, denn wir haben nicht verstanden, die völlig verschiedenartigen Bedingungen zu analysieren, die durch die Politik von SP und Stalinpartei für die Entwicklung des Massenbewußtseins - ein Faktor, dem für unsere eigene Tätigkeit entscheidende Bedeutung zukommt - geschaffen werden. Das aber ist des Pudels Kern!

Die KP befindet sich derzeit, entsprechend der außenpolitischen Position der österreichischen Bourgeoisie, in einem schweren Gegensatz zu dieser. Durch ihr Eintreten für Teilforderungen der Massen sucht sie den Druck auf die Bourgeoisie zu verstärken. Als sie seinerzeit in Opposition ging, haben wir ausgesprochen, daß wir überall dort, wo die KP tatsächlich Arbeiter für deren Teilforderungen mobilisiert, um der Arbeiterinteressen willen solche Aktionen unterstützen müssen - bei gleichzeitiger Kritik an den Methoden und den wirklichen Zielen der Stalinpartei. Auch im Wahlkampf vertritt sie Teilforderungen, Teilinteressen der Arbeiter. Müßten wir uns deshalb nicht, wenn wir zwischen der Stimmenabgabe für die SP, die sich noch immer in offener Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie befindet, und der für die KP zu wählen haben, für die letztere entscheiden?

Bei den Wahlen handelt es sich - ungleich einem Streik oder einem Lohnkampf - nicht um die Mobilisierung der Arbeiter zur außer-

parlamentarischen Aktion; die Stalinpartei macht sogar alles, um die Illusionen der Arbeiter über den Parlamentarismus zu vergrößern. Ein eventueller Stimmenzuwachs wird - das zeigt jede einigermaßen realistische Einschätzung - nicht so groß sein, um sie im Parlament zu einem ernsthaften Faktor werden zu lassen. Ein Anwachsen der Stalinpartei auf Kosten der SP würde der Bourgeoisie die Bildung einer "antimarxistischen" Einheitsfront erleichtern. Entscheidend aber ist folgendes: Die Stalinpartei verteidigt die antidemokratische Politik der Sowjetbürokratie und wendet überall dort, wo sie die Oberhand bekommt, selbst solche Methoden gegen die Massen an. Die sich hieraus ergebende Demoralisation und Lähmung der Massen wiegt viel schwerer als die partielle Vertretung von deren Interessen. In Österreich - einem Lande, in den die SU die Funktion einer Besatzungsmacht ausübt - kommt diesem Umstand besondere Bedeutung zu. Das ist es, was wir 1945 übersehen haben.

Aber - letztes Argument zugunsten der Stalinpartei - wenn auch die Stalinpartei die politische Agentur einer Besatzungsmacht ist, vertritt nicht auch die SP die Interessen des Imperialismus? Und müßten wir, vor die Wahl zwischen der SP - dieser "bürgerlichen Agentur in den Reihen der Arbeiterklasse" - und der Stalinpartei gestellt, uns nicht dennoch für die letztere entscheiden? Wurzelt ihre Auftraggeberin, die Sowjetbürokratie, nicht doch in solchen Eigentumsverhältnissen, die dem Proletariat adäquat sind? Verteidigt sie nicht - wenn auch mit unzulänglichen und schädlichen Methoden - diese Eigentumsverhältnisse und müssen wir sie nicht dabei unterstützen? Wenn wir gegen die KP stimmen, schwächen wir dadurch nicht die außenpolitische Position der SU?

Es ist unsere Pflicht, jene Errungenschaften der Oktoberrevolution, die auch das bürokratische Regime nicht zerstören konnte, weil es selbst auf ihnen fußt, zu verteidigen. Aber wir verteidigen sie nicht mit den verwerflichen Methoden der Bürokratie, sondern mit den Methoden des revolutionären Massenkampfes. Wir verteidigen sie, nicht um die Herrschaft der Bürokratie zu konsolidieren, sondern um sie vor der bürokratischen Herrschaft zu befreien. Die beste und auf die Dauer einzig erfolgreiche Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution besteht in der Entfaltung des Klassenkampfes. Die antidemokratische Politik der Sowjetbürokratie in den von ihr militärisch besetzten Ländern erstickt den Klassenkampf. So wie überall verteidigt die Stalinpartei auch in Österreich diese Politik. Wir stimmen deshalb gegen die Stalinpartei!

Ein letztes Wort ist in diesem Zusammenhang zur Scharfgruppe zu sagen, die auf einer gemeinsamen Liste mit der KP kandidiert. Ein Wahlbündnis mit der KP ist selbstverständlich eine taktische Frage, die aus den jeweiligen Bedingungen heraus beantwortet werden muß. Ein Wahlbündnis schließt selbstverständlich eine kritische Abgrenzung von der Partei, mit der man es eingeht, nicht aus. An dieser kritischen Abgrenzung hat es Scharf vor seinem offenen Zusammengehen mit der KP fehlen lassen und sie fehlt heute erst recht. Scharf zeigt dadurch, daß seine Rolle die eines politischen Agenten der Stalinbürokratie und das seine Gruppe heute ein Ableger der KP ist. So wie seine politische Linie, so ist auch die Taktik von Scharf eine durchaus der Bürokratie entsprechende. Ohne den geringsten Versuch, die SP-Arbeiter durch eine entsprechende Propaganda als Bundesgenossen zu gewinnen, hat Scharf hinter ihrem Rücken - und hinter dem seiner eigenen Mitgliedschaft - der SP insgeheim ein "Wahlbündnis" angetragen, um dann ebenso unvermittelt und im geheimen ein solches mit der KP abzuschließen. Das ganze Vorgehen von Scharf zeigt, daß es ihm nur um eine bürokratische Position geht. Die Arbeiter dürfen Erwin Scharf nicht folgen;

sie dürfen nicht für die gemeinsame Liste der "Kommunisten und Linkssozialisten" stimmen!

Wenn wir die SP wählen, dann stimmen wir nicht
für Schärf und Helmer!

Wir haben uns die Frage vorgelegt, welche Variante für die Entfaltung des Klassenkampfes die günstigste ist und sind zu dem Schluß gekommen: Ein Wahlsieg der SP! Wir müssen also mithelfen, diese Variante herbeizuführen - wir müssen für die SP stimmen!

Indem wir für die SP stimmen, verbessern wir auf zweierlei Weise die Bedingungen für unsere künftige Arbeit: Politisch und psychologisch! Politisch aus den vorhin angeführten Gründen; psychologisch, da durch diese Taktik das Herankommen an die besten SP-Arbeiter erleichtert wird. Sie verschlechtert allerdings - dessen müssen wir uns ebenfalls bewußt sein - unsere Aussichten beim Arbeiteranhang der KP. Zweifellos hat es nach 1945 in dieser eine Periode der Erschütterung des Vertrauens zu ihrer bürokratischen Führung gegeben. Es ist jedoch den Koplonig & Co. gelungen, die durch das Verhalten der sowjetischen Besatzungstruppen und den enttäuschenden Ausgang der Wahlen ausgelöste Krise zu überwinden, da wir nicht in Erscheinung treten konnten. Kein Arbeiter bleibt jedoch ungestraft der jahrelangen Einwirkung durch die verkommene Führung der Stalinpartei ausgesetzt. Der ältere, mit der Bürokratie verfilzte Anhang der KP ist sicher angefault, zum Teil korrumpiert und demoralisiert. Die Illusionen jener noch unverdorbenen Arbeiter, die in Auswirkung des dritten Lohn-Preispaktes zur KP gestoßen sind, sind aber noch zu neu, als daß sie jetzt schon erschüttert werden könnten. So war von dieser Seite in absehbarer Zeit sowieso nicht viel zu erhoffen.

Die ÖVP hat eine Lockerung des Systems der starren Parteiliste erzwungen, um es den Nazis, um die sie wirbt, zu ermöglichen, Nazivertrauensleute auf die ÖVP-Liste zu setzen. Diese Änderung im Wahlverfahren, die es erlaubt, von der Liste Kandidaten zu streichen, müssen wir ausnützen. Wir streichen die mit der Bourgeoisie besonders eng verbundenen Spitzenkandidaten der SP, die Schärf, Helmer & Co.; wir treten für die Wahl noch nicht so korrumpierter Kandidaten zweiten und dritten Ranges ein und leiten alle Arbeiter, an die wir herankommen, an, es genau so zu halten. Wir schwächen dadurch die verkommene bürokratische Spitze der SP; wir üben auf diese Partei einen politischen Druck aus; wir tragen dazu bei, die Führung den Händen der raffinierten Routiniers zu entwinden und sie in die schwächeren Hände der im Arbeiterbetrug noch nicht so gefinkelten zweiten und dritten Garnitur zu legen.

Wir haben vorhin gesagt, daß sich unsere Taktik nur bewähren wird, wenn wir sie mit der revolutionären Kritik an der SP verbinden. Unsere Wahltaktik darf auf keinem Fall zu einer plumpen Anpassung an die Stimmungen und an die Vorurteile der SP-Arbeiter werden. Wir sagen diesen Arbeitern die Wahrheit über die Koalitionspolitik und ihre Folgen: die Stärkung der Bourgeoisie! Über die durch die SP genährten parlamentarischen Illusionen und die Wirklichkeit, die durch diese Illusionen verdeckt wird: die Stabilisierung der kapitalistischen Staatsmaschine, das Wiederhervorholen der Faschisten, die wirklichen Absichten der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse! Wir zeigen den Arbeitern, daß diese Gefahren nicht durch den Stimmzettel, sondern nur durch den außerparlamentarischen Massenkampf gebannt werden können. Wir beschränken uns bei alledem nicht auf negative Kritik, sondern zeigen, so wie wir dies in den letzten zwei Jahren in immer steigendem Maße

getan, wo der positive Ausweg liegt; wir entwickeln gerade bei den die Arbeiter heute so drängenden Tagesfragen unsere auf dem Übergangsprogramm der IV. Internationale fußenden Vorschläge so konkret als möglich. Und wir sagen den Arbeitern schließlich unsere Ansichten über die SP selbst, über ihre Verbürgerlichung und ihren hoffnungslosen Verfall; sagen ihnen, wo unserer Überzeugung nach der Ausweg liegt - im Aufbau einer Partei der IV. Internationale! Wir werden den sozialistischen Arbeitern, die in Opposition zu ihrer Führung treten, im Bezug auf die Parteifrage nicht ultimativ entgegentreten; wir werden gerade hier besondere Klugheit und besondere Geduld entwickeln, aber wir werden, wenn wir als Organisation, als Sektion der IV. Internationale sprechen, unsere Ansichten über diese Frage nicht verschweigen! Wenn wir so vorgehen, dann wird unsere Wahltaktik trotz der schweren Behinderungen, denen wir ausgesetzt sind, ihre Früchte tragen, auch wenn diese nicht sehr bald reifen werden.

27.8.49
